

## Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**  
zur Vorberatung im **Ortsbeirat Stadtmitte**  
zur Behandlung im **Gemeinderat**

---

**Betreff:** Umbenennung Scheefstraße  
**Bezug:** 86/2013, 176a/2012, 176b/2012, 176/2012, 511/2012  
**Anlagen:** 1 Anlage Auszug Stadtplan

---

## Beschlussantrag:

1. Die Scheefstraße wird umbenannt.
2. Zur Umbenennung der Scheefstraße wird ein Anhörungsverfahren der Anwohnerinnen und Anwohner eingeleitet.
3. Der Gemeinderat schlägt vor, die Straße in ..... umzubenenen.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>		<b>Jahr.</b>	<b>Folgej.:</b>
Investitionskosten:	€	€	€
Bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand/Ertrag jährlich	€	ab:	

## Ziel:

Adolf Scheef wurde am 17. Juni 2013 vom Gemeinderat auf Grund seiner Verstrickung in das national-sozialistische Herrschaftssystem die Ehrenbürgerwürde aberkannt. Daher soll die nach ihm benannte Straße auf dem Österberg umbenannt werden.

## **Begründung:**

### **1. Anlass / Problemstellung**

Seit längerem wird nicht nur im Gemeinderat, sondern auch in der Öffentlichkeit über die Frage des Umgangs mit der Ehrenbürgerschaft von in den Nationalsozialismus verstrickten Persönlichkeiten diskutiert. Im Fokus stehen dabei Hans Gmelin, Theodor Haering und Adolf Scheef. Am 17.06.2013 hat der Gemeinderat (Vorlage 86/2013) beschlossen, die Ehrenbürgerwürde von Paul von Hindenburg, Theodor Haering und Adolf Scheef abzuerkennen. Bereits mit dem interfraktionellen Antrag (Vorlage 176b/2012) der AL/Grüne-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 8.10.2012 wurde zudem gefordert, ein Verfahren zur Umbenennung der Scheefstraße einzuleiten. Nachdem Adolf Scheef die Ehrenbürgerwürde aberkannt worden ist, teilt die Verwaltung diese Meinung und strebt eine entsprechende Lösung an.

Nach Theodor Haering, dem ebenfalls die Ehrenbürgerwürde aberkannt worden ist, ist die Haering-Staffel benannt. Die Haering-Staffel könnte kurzfristig und ohne größeren verwaltungstechnischen Aufwand umbenannt werden, da sie keine Anwohner hat. Bereits mit der Vorlage 176a/2012 hat die Verwaltung vorgeschlagen, die Haering-Staffel in Josef Wochenmark Staffel umzubenennen. Der Gemeinderat hat diesem Vorschlag nicht zugestimmt. Nachdem der Gemeinderat über die neue Namensgebung bei der Scheefstraße entschieden hat, wird die Verwaltung neue Namensvorschläge für die Haering-Staffel machen.

### **2. Sachstand**

#### **2.1. Recht und Verfahren**

Nach § 5 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg ist die Benennung von Straßen Selbstverwaltungsangelegenheit der Gemeinden. Zur Benennung ist ein Beschluss des Gemeinderats entsprechend § 3 Abs.1 Ziffer 15 der Hauptsatzung in der Fassung von 30.09.2013 notwendig.

Grundsätzlich besteht die Pflicht, öffentliche Straßen zu benennen. Der Straßename dient vornehmlich der Orientierung. Er soll gewährleisten, dass innerhalb eines Gemeindegebiets der gewünschte Bestimmungsort eindeutig bezeichnet und aufgesucht werden kann. Anwohnerinnen und Anwohner haben kein gesetzlich verankertes Mitspracherecht bei der Neu- und Umbenennung einer Straße. Die Betroffenen haben allerdings ein einklagbares Recht auf eine fehlerfreie Ermessensentscheidung.

Umbenennungsmotive können die Aufhebung irreführender Namen, der Wunsch eine Person zu ehren oder sonstige Gestaltungsziele sein. Alles in allem muss hierfür aber ein wichtiger Grund vorliegen. Das im Einzelfall maßgebliche Änderungsmotiv ist mit den aus der Ordnungsfunktion des Namens und der Vermeidung unnötiger Belastungen für Dritte resultierenden Gründen für die Beibehaltung des bisherigen Namens abzuwägen. Wichtig ist hierbei vor allem, dass für Anwohnerinnen und Anwohner dieser Straße keine unzumutbaren Benachteiligungen oder Belastungen entstehen (z. B.: Änderung der Ausweispapiere, Visitenkarten usw.).

Es gilt auch die Belange Dritter abzuwägen. Von einer Umbenennung der Straße sind außer den Bewohnern noch Andere betroffen. In Stadtplänen, Wegbeschreibungen, Firmen- und Privatanschriften bis hin zu Navigationssystemen befindet sich der bisherige Straßename. Zumindest überall dort müssten Änderungen vorgenommen werden.

Eine Umbenennung zieht für die Betroffenen einen zeitlichen, sachlichen und finanziellen Aufwand nach.

## 2.2. Historie

Im März 1939, mit Eintritt in den Ruhestand, erhielt Oberbürgermeister Adolf Scheef die Ehrenbürgerwürde der Universitätsstadt Tübingen. Scheef wurde die Ehrenbürgerschaft von einem nicht demokratisch gewählten Gemeinderat und auf Vorschlag des NS-Bürgermeisters Ernst Weinmann, der 1946 als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt wurde, verliehen. Bis zur Aberkennung seiner Ehrenbürgerwürde war Adolf Scheef der einzige Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen, der von einem nationalsozialistischen Gemeinderat ausgezeichnet wurde und bis 2013 noch auf der Ehrenbürgerliste der Universitätsstadt Tübingen genannt wurde. 1959 wurde eine Straße auf dem Österberg nach ihm benannt.

## 2.3. Vorschläge für die neue Benennung

### 2.3.1. Hugo Benzinger

Hugo Benzinger (geb. 1900 in Ludwigsburg, gest. 1944 in Tübingen). Der Schneidermeister Hugo Benzinger war seit 1925 in der Arbeiterbewegung aktiv und führendes Mitglied der KPD in Tübingen. 1931 wurde er als erster und einziger Vertreter der Partei in den Gemeinderat gewählt. Im März 1933 war er, neben Simon Hayum, eines der ersten Opfer der Gleichschaltung des Gemeinderats. Im April 1933 wurde er verhaftet und ein Jahr im Konzentrationslager Heuberg inhaftiert. Kurz nach Kriegsbeginn im Oktober 1939 wurde Benzinger in das 2. Bau-Ersatzbataillon 5 in Schwäbisch Gmünd eingezogen. Der knapp 44jährige Benzinger starb im November 1944 an Herzschwäche, die er sich durch die anhaltenden Verfolgungsmaßnahmen zugezogen hatte.

### 2.3.2. Hans Bethe

Hans Bethe (geb. 1906 in Straßburg, gest. 2005 in Ithaca/USA), gehörte zu den bedeutendsten Kernphysikern des 20. Jahrhunderts (Nobelpreis 1967). Hans Bethe kam 1932 als Assistenzprofessor nach Tübingen, verlor jedoch schon 1933 seine Anstellung wieder wegen der Rassengesetzgebung der Nationalsozialisten. Er emigrierte über England in die USA, wo er während des II. Weltkriegs am Bau der Atombombe beteiligt war. Als Regierungsberater setzte er sich seit der 1960er Jahren für die Abrüstung der Militärarsenale ein. Die Universität Tübingen war nach 1945 um Wiedergutmachung bemüht: 1978 verlieh sie ihm die Ehrendoktorwürde.

### 2.3.3. Leopold Hirsch

Leopold Hirsch (geb. 1807 in Wankheim, gest. 1875 in Tübingen) stellte 1850 den Antrag an den Tübinger Gemeinderat, ihm das Bürgerrecht zu verleihen. Nachdem dies zweimal abgelehnt wurde, setzte sich Hirsch in einem Rechtsstreit durch und erreichte die Aufnahme in

die Tübinger Bürgerschaft. Nach Erlangung des Bürgerrechts eröffnete er einen Kleiderhandel in der Kronenstraße. Er war bis Ende der 1860er Jahre der einzige Jude in Tübingen, engagierte sich sozial und war Mitglied in zahlreichen Vereinen. Leopolds Hirsch Rechtsstreit wurde zum Präzedenzfall, der in ähnlichen Fällen auch in anderen württembergischen Städten zu Rate gezogen wurde. Leopold Hirsch gilt landesweit als Vorreiter der Emanzipation der Juden zu deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens.

#### 2.3.4. Julie Majer

Julie Majer (geb. 1883 in Pfalzgrafenweiler, gest. 1963 in Herrenberg) war Lehrerin und engagierte sich im Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Sie musste das 1917 in Tübingen begonnene Medizinstudium aus finanziellen Gründen abbrechen und arbeitete seit 1921 als Fachlehrerin für Handarbeit an der Tübinger Frauenarbeitsschule. Ab 1928 war sie Mitglied der „Roten Hilfe“ (Wohlfahrtsorganisation der KPD) und arbeitete in der „Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer“, einem antifaschistischen Zusammenschluss von Lehrerinnen und Lehrern. Julie Majer versteckte 1934 mehrere Wochen den von der Gestapo verfolgten Kommunisten Bader in ihrer Wohnung in der Waldhäuserstraße. 1937 wurde sie deswegen kurzzeitig verhaftet und 1938 mit Berufsverbot belegt.

#### 2.3.5. Berta Reinhart

Berta Reinhart (geb. 1866 in Ludwigsburg, gest. 1944 in Tübingen) setzte sich für das Frauenstudium ein und galt als „Studentinnenmutter“. Sie kommt 1902 als Lehrerin an die Höhere Mädchenschule nach Tübingen. Berta Reinhart engagiert sich für eine Mädchenbildung, die gleichwertig der Knabenbildung sein soll und gründet 1904 die Ortsgruppe des Vereins „Frauenbildung – Frauenstudium“. In ihrer Wohnung nimmt sie ab 1912 Studentinnen auf und setzt als erste in Tübingen den Gedanken eines Studentinnenwohnheims in die Tat um.

### 3. **Vorschlag der Verwaltung**

Die Verwaltung leitet ein Anhörungsverfahren zur Umbenennung der Scheefstraße ein. Sie hört dazu die Anliegerinnen und Anlieger der Scheefstraße. Betroffen sind ca. 200 Personen. Über das Ergebnis wird der Gemeinderat informiert. Der Gemeinderat entscheidet dann über die Umbenennung.

### 4. **Lösungsvarianten**

Die Scheefstraße wird nicht umbenannt.

### 5. **Finanzielle Auswirkung**

Keine.

### 6. **Anlagen**

Auszug aus dem Stadtplan

